

Schmidt, Kunibert; Knipper, Michael; Wissing, Franz-Josef; Zechlin, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Die Erwartungen der Industrie für 1998

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmidt, Kunibert; Knipper, Michael; Wissing, Franz-Josef; Zechlin, Hans-Jürgen (1997) : Die Erwartungen der Industrie für 1998, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 12, pp. 683-693

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137564>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Erwartungen der Industrie für 1998

*Für das kommende Jahr rechnen die Konjunkturforscher mit einem Wirtschaftswachstum in der Größenordnung von fast 3%.
Wie schätzt die Industrie ihre Aussichten für 1998 ein?
Welche Erwartungen hat sie an die Wirtschaftspolitik?*

Kunibert Schmidt

Automobilindustrie: Wettbewerbsposition gestärkt

Das Jahr 1997 brachte der deutschen Automobilindustrie eine Fortsetzung des Produktionswachstums, vor allem aber bestätigte es die Richtigkeit der nach der Krise der Jahre 1992/93 eingeschlagenen Strategie: Dank konsequenter Kostensenkungsprogramme, einer breit angelegten Produktoffensive und weiterer Fortschritte bei der Globalisierung ist es gelungen, die eigene Wettbewerbsfähigkeit wieder deutlich zu verbessern. Damit konnte auch der Beschäftigungsabbau zum Stillstand gebracht werden, und erstmals seit Anfang der 90er Jahre wurden wieder 25 000 Arbeitsplätze zusätzlich in der Automobilindustrie geschaffen. Ob es gelingt, diese positive Entwicklung fortzusetzen, hängt vor allem davon ab, daß die gerade erst in Gang kommende Inlandskonjunktur nicht durch neue, zusätzliche Belastungen des Autofahrers wieder vorzeitig gefährdet wird.

Export als Konjunkturmotor

Die entscheidenden Impulse für die Automobilkonjunktur gingen 1997 vom Export aus. Die Pkw-Ausfuhr erreichte in den ersten zehn Monaten einen Anstieg von

7%. Dabei erwiesen sich die Märkte in Ost- und Mitteleuropa sowie in Amerika mit Zuwachsraten von 32% bzw. 26% (Januar bis September 1997) als besonders dynamisch. In Westeuropa war die Nachfrageentwicklung sehr unterschiedlich. So konnten die Lieferungen nach Großbritannien um 22% gesteigert werden, andererseits sorgte in Frankreich das Auslaufen einer Verschrottungsprämie für Altfahrzeuge für einen Exportrückgang um 18%. Dagegen hatte die Einführung entsprechender Vergünstigungen in Spanien eine deutliche Nachfragebelebung zur Folge, von der auch die deutschen Anbieter, wie das Exportplus von 59% zeigt, profitieren konnten. Auf zahlreichen Märkten, so auch in Japan und den USA, konnten deutsche Pkw-Hersteller Marktanteile gewinnen.

Die positive Entwicklung der Pkw-Ausfuhr dürfte sich auch 1998 fortsetzen, doch wird sie an Dynamik verlieren. Neben der Abschwächung der Impulse aus Westeuropa und den USA dürfte hierfür auch der Nachfragerückgang in Ost- und Südostasien verantwortlich sein. Der im Gefolge der Finanz- und Währungskrisen in

dieser Region eingetretene konjunkturelle Einbruch sollte jedoch noch nicht zum Anlaß genommen werden, die Wachstumsperspektiven für diese bisher besonders expansive Ländergruppe grundsätzlich zu revidieren. Nur wer auf solchen Wachstumsmärkten auch einmal eine Durststrecke durchhält, wird dort künftig alle Chancen ausschöpfen können.

Während die Pkw-Neuzulassungen im Inland 1997 nur geringfügig besser abschnitten als im Jahr zuvor, deutet die Höhe der Auftragsbestände und die Entwicklung der Auftragseingänge auf einen deutlichen Zuwachs im vor uns liegenden Jahr hin. Der Erneuerungsbedarf – über 90% der Neuzulassungen dienen dem Ersatz von aus der Pkw-Flotte ausscheidenden Fahrzeugen – dürfte hier ebenso verantwortlich sein wie die attraktiven Modelle der verbreiterten und erneuerten Angebotspalette, insbesondere der deutschen Automobilhersteller. Indem sie Marktnischen neu besetzen und dem Autofahrer innovative Techniken durch kürzere Modellzyklen schneller als bisher verfügbar machen, vermitteln sie zugleich Kaufanreize. Wie die führenden internationalen Auto-

mobilausstellungen des Jahres 1997 von Detroit über Genf, Frankfurt und Tokio gezeigt haben, sind die deutschen Hersteller damit am Weltautomobilmarkt wieder zum Trendsetter geworden.

Im Nkw-Sektor verliefen 1997 Absatz- und Produktionsentwicklung recht lebhaft. Das in den ersten zehn Monaten erreichte Produktionsplus von 14% war in erster Linie auf den deutlichen Zuwachs von 15% beim Export zurückzuführen, doch konnten auch die Neuzulassungen im Inland um 6% gesteigert werden. Dieses Ergebnis ist vor allem einer Verbesserung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit dank neuer, attraktiver Fahrzeugmodelle sowie des DM-Abwertungseffektes zuzuschreiben, denn die meisten Auslandsmärkte erlebten nur einen eher verhaltenen Nachfrageanstieg. Somit vermochten auch die deutschen Nkw-Hersteller auf zahlreichen Auslandsmärkten ihre Position zu verbessern.

Beschäftigungspolitischer Stabilisator

Die insgesamt positive Konjunkturentwicklung fand auch in den Beschäftigtenzahlen ihren Niederschlag. Im Herbst 1997 waren wieder 680 000 Menschen in der deutschen Automobilindustrie beschäftigt, das waren 25 000 mehr als am Ende des vorangegangenen Jahres. Von den neu geschaffenen Stellen beruhten jedoch 45% auf befristeten Arbeitsverträgen, ein Zeichen dafür, wie groß die Unsicherheit der Unternehmen über die Dauerhaftigkeit der konjunkturellen Erholung und der leichten Verbesserung der Standortqualität derzeit noch ist. Jede Verschlechterung kann so schnell zu einem Beschäftigungsabbau führen.

Gerade die Erfahrung, daß die Automobilindustrie sich inzwischen im Gegensatz zu den mei-

sten übrigen Industriebranchen wieder als ein beschäftigungspolitischer Stabilisator erweist, sollte aber auch der Politik Anlaß geben, jede Gefährdung der Erholung des Automobilabsatzes zu meiden. So droht jede zusätzliche Belastung des Autofahrers, sei es durch eine weitere Mineralölsteuererhöhung oder die Einführung einer Pkw-Vignette, die inländische Automobilnachfrage zu schwächen. Auch der Umwelt würde damit ein Bärendienst erwiesen, denn jede Verlangsamung der Bestandserneuerung bremst zugleich die Durchsetzung schadstoffarmer und kraftstoffsparender moderner Fahrzeuge. Angesichts des Nachlassens der Exportdynamik kann schnell eine Umkehr der Produktionsentwicklung ausgelöst werden. Das gilt es auch 1998 zu bedenken, obwohl alle Anzeichen zunächst auf eine Fortsetzung des

Produktionswachstums im Pkw-Sektor hindeuten.

Die für Anfang 1998 vorgesehene Herabsetzung des Solidaritätsbeitrags wird sich kaum stimulierend auf die Automobilnachfrage auswirken, da ihr die Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge gegenübersteht, durch die dieser Entlastungseffekt für die Mehrzahl der privaten Haushalte wieder kompensiert wird.

Notwendige steuerliche Entlastung

Die Investitionstätigkeit bleibt der kritische Punkt für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Die anhaltende Wachstumsschwäche kann nur durch eine deutliche Belebung der Investitionen der privaten Wirtschaft überwunden werden. Hierzu bedarf es vor allem auch einer steuerlichen Entlastung der Unternehmen. Die im internationalen Vergleich überhöhten Steuersätze beeinträchtigen die Rentabilität von Kapitalanlagen in Deutschland, sie halten ausländische Investoren von Engagements in Deutschland ab und führen im Zeitalter der Globalisierung auch bei deutschen Unternehmen zu Entscheidungen gegen den Standort Deutschland. Hier liegt ohne Zweifel eine der Ursachen für das anhaltend hohe Defizit in der deutschen Bilanz der Direktinvestitionen.

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland bleibt die Durchsetzung der Steuerreform somit eine unverzichtbare Aufgabe. Zwar sind mit dem Wegfall der Vermögensteuer und der Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer strukturelle Verbesserungen der Unternehmensbesteuerung erfolgt, doch stehen den Entlastungen erhebliche zusätzliche Belastungen durch Gegenfinanzierungsmaßnahmen gegenüber, so daß sich für die

Die Autoren
unseres
Zeitgesprächs:

Dr. Kunibert Schmidt, 52, ist Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie e.V. (VDA) in Frankfurt/Main.

Michael Knipper, 45, ist Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V. in Wiesbaden.

Dr. Franz-Josef Wissing, 58, ist Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI) in Frankfurt/Main.

Dr. Hans-Jürgen Zechlin, 60, ist Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) in Frankfurt/Main.

meisten Unternehmen bisher keine nachhaltige Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit ergibt.

Es steht zu befürchten, daß die Blockade der Steuerreform sich zunächst nicht auflösen wird. Solange werden jedoch die Unsicherheit anhalten und die Rahmenbedingungen für Investitionen ungünstig bleiben. Eine mit einer Nettoentlastung der Unternehmen und der privaten Haushalte verbundene Reform setzt zudem Abstriche bei den Staatsausgaben sowie den Sozialaufwendungen voraus, die vor der Bundestagswahl im Herbst 1998 kaum in dem erforderlichen Ausmaß zu erwarten sind.

Die Lohnpolitik ist unter dem Aspekt der Beschäftigungssicherung aufgerufen, ihren moderaten Kurs fortzusetzen. Es wäre verhängnisvoll, würden die Gewerkschaften dem Schlachtruf „Ende der Bescheidenheit“ folgend versuchen, die Belastbarkeit der Unternehmen erneut zu testen. Aufgabe der Tarifpolitik ist es, den

Spielraum für betriebsnahe Lösungen zu verbreitern. Zwar ist eine völlige Abkehr von dem Prinzip der Flächentarifverträge weder zu erwarten noch zu wünschen, doch bleiben weitere Schritte in Richtung einer Flexibilisierung erforderlich. Dies liegt selbst im Interesse aller derjenigen, die auf Flächentarifverträge nicht verzichten wollen, da sich anderenfalls die auf betriebsnahe und wettbewerbsgerechte Lösungen drängenden Kräfte durchsetzen und das traditionelle Netz von Tarifverträgen sprengen könnten. Nicht zuletzt deshalb gibt es wohl in dieser Frage auch Zeichen der Einsicht aus dem Gewerkschaftslager.

Erwartungen an die EU-Regierungskonferenz

Die EU-Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion hat Anfang Mai 1998 eine wichtige, epochemachende Entscheidung für die gesamte europäische Wirtschaft zu treffen. Die deutsche Automobilindustrie

mit ihren globalen Interessen hofft auf einen erfolgreichen Abschluß der Konferenz, der den fristgerechten Start der Währungsunion zum 1. 1. 1999 ermöglicht. Der Euro wird das Wechselkursrisiko gegenüber den Währungen der Teilnehmerstaaten entfallen lassen und eine Verringerung der Transaktionskosten ermöglichen. Beides liegt im Sinne einer Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie.

Mit der inzwischen sichtbar gewordenen Bereitschaft der Beitrittskandidaten, sich auf eine entschiedene Stabilitätspolitik einzulassen, sind die Voraussetzungen für den Euro gut; er sollte sich auch gegenüber den anderen führenden Währungen der Welt künftig gut behaupten können. Die endgültige Einigung der Regierungen darauf, den entscheidenden Schritt zu tun, wird deshalb auch zu einer Aufhellung der Zukunftsperspektiven der deutschen und der gesamten europäischen Wirtschaft beitragen.

Michael Knipper

Die Lage der deutschen Bauwirtschaft zum Jahreswechsel 1997/98

Zum Jahreswechsel 1997/98 und ein Jahr vor der Einführung des Euro befindet sich die deutsche Bauwirtschaft in der schwierigsten Phase der Nachkriegszeit. Die europäische Arbeitsteilung hat zu einer nachhaltigen Veränderung der Angebotsbedingungen am Bau geführt. Der strukturelle Anpassungsprozeß in einem zusammenwachsenden Europa ist noch nicht abgeschlossen.

Derzeit ist noch kein Ende der Talfahrt der deutschen Baukon-

junktur in Sicht. 1997 sind die Bauinvestitionen nach Berechnungen des Hauptverbandes real um 2% auf 450 Mrd. DM zurückgegangen. Diese Daten stellen allerdings die Entwicklung aus Sicht der Unternehmen des Bauhauptgewerbes noch zu günstig dar. Bereits seit einigen Jahren wird die baukonjunkturelle Entwicklung durch die Investitionstätigkeit im Ausbaugewerbe stabilisiert. Dagegen sind die bauhauptgewerblichen Firmen, die sich auf den Rohbau und

Tiefbau konzentrieren, von der Baurezession besonders stark betroffen. Ihr Umsatz war 1997 um 6% und damit überproportional zurückgegangen.

Rückgang der Bauinvestitionen

Auch 1998 werden die realen Bauinvestitionen in Deutschland rückläufig sein. Darauf deuten die konjunkturellen Vorlaufindikatoren hin:

Im westdeutschen Bauhauptgewerbe war in den ersten drei

Quartalen 1997 der Auftragseingang um real 4% niedriger als 1996. Vor allem der Wohnungsbau (-10,4%) war von der schwachen Nachfrage betroffen. Im Wirtschaftsbau flachte sich der Rückgang auf 4,3% ab, und im öffentlichen Bau stieg der Auftragseingang sogar leicht um 1,3%.

□ In Ostdeutschland verzeichnete das Bauhauptgewerbe von Januar bis September einen Einbruch der Nachfrage von real 13,7%. Nahezu gleich hoch war der Rückgang des Auftragseingangs im Wirtschaftsbau mit 16% und im Wohnungsbau mit 15,4%; auch im öffentlichen Bau war die Lage mit einem Minus von 9% nicht viel besser.

□ Auch ein Blick auf die Baugenehmigungen verspricht keine durchgreifende Besserung der Lage. Von Januar bis September 1997 ging in Westdeutschland die Zahl der neu zum Bau genehmigten Wohnungen nochmals um 7,1% zurück. Dies ist auf den starken Rückgang im Geschößwohnungsbau zurückzuführen; im Einfamilienhausbau legten die Genehmigungen dagegen deutlich zu. Im westdeutschen Wirtschaftsbau ging das genehmigte Volumen nur noch leicht um 0,9% zurück, was als Anzeichen für eine allmähliche Stabilisierung der Lage gewertet werden kann. Auch im öffentlichen Bau fiel der Rückgang mit 1,1% moderat aus.

□ In den neuen Bundesländern ging in den ersten drei Quartalen die Zahl der genehmigten Wohnungen um 11,6% zurück; ebenfalls ist mit einem überproportionalen Rückgang im Mehrfamilienhausbau und einem Wachstum bei den Einfamilienhäusern zu rechnen. Problematisch bleibt auch die Lage im Wirtschaftsbau, wo das ohnehin schon geringe Genehmigungsvolumen des Vorjahres nochmals um 15,1% unterschritten wurde. Im öffentlichen Hochbau legten die Genehmigungs-

zahlen zwar um 19,1% zu; da der Anteil der Hochbauten an allen öffentlichen Baumaßnahmen in Ostdeutschland allerdings nur rund ein Viertel ausmacht, kann durch dieses Wachstum die schlechte Lage im öffentlichen Tiefbau nicht kompensiert werden.

Baukonjunktur 1998

Angesichts dieser Daten ist auch 1998 nicht mit einer Besserung der Lage am Bau zu rechnen. Während sich die Rezession in Westdeutschland mit einem Rückgang der Bautätigkeit von 1% abschwächt, hält sie in Ostdeutschland, wo die Produktion abermals um gut 3% vermindert wird, weiter an. Die gesamtdeutschen Bauinvestitionen werden um real 1,5% auf 440 Mrd. DM zurückgehen und damit preisbereinigt um 6,5% unter dem Niveau des Jahres 1995 liegen, das den bisherigen Höchststand seit der Wiedervereinigung markierte:

□ Die Wohnungsbauinvestitionen werden real reichlich 2% unter dem Vorjahresniveau liegen. Die Entwicklung verläuft sowohl in West- als auch in Ostdeutschland nach dem gleichen Muster. Die hohen Fertigstellungszahlen der letzten Jahre im Mietwohnungsbau drücken die Erstbezugsmiete; zusammen mit den in beiden Teilen Deutschlands verschlechterten Abschreibungsbedingungen führt dies zu einem massiven Rückzug der Investoren aus dem Geschößwohnungsbau. Durch dessen Schwäche wird 1998 die Zahl der fertiggestellten Wohnungen auf etwa 475 000 Einheiten zurückgehen. Mittelfristig ist dagegen wieder mit dem üblichen „Schweinezyklus“ im Mietwohnungsbau zu rechnen. Rückläufige Fertigstellungszahlen führen zu Verknappungstendenzen; die Mieten steigen wieder stärker; die Renditeerwartungen der Investoren verbessern sich; Mietwohnungsbau wird wieder attraktiv.

Der Eigenheimbau profitiert hingegen weiterhin vom niedrigen Zinsniveau, der Eigenheimzulage sowie ersten Erfolgen beim kostengünstigen Wohnungsbau. So sind nach Berechnungen der LBS 1997 in Westdeutschland die Preise für neugebaute Einfamilienhäuser um durchschnittlich 27 000 DM zurückgegangen. In Ostdeutschland sorgt zudem der Kaufkraftzuwachs der privaten Haushalte für eine anhaltende Aufholbewegung beim Wohneigentum.

□ Unterschiedlich verläuft hingegen die Entwicklung im Wirtschaftsbau. In Westdeutschland ist nach fünf Jahren ununterbrochenen Rückgangs 1998 erstmals wieder mit einem leichten Wachstum zu rechnen. Die steigende Kapazitätsauslastung in der Industrie, weiter zulegende Unternehmensgewinne sowie eine leichte Stimulierung der Binnenkonjunktur im Jahresverlauf durch die Exportnachfrage lassen erstmals wieder größere Erweiterungsinvestitionen erwarten.

In Ostdeutschland hingegen hält die Talfahrt im Wirtschaftsbau unvermindert an. Die Investitionen werden real um weitere 4% zurückgehen und das Niveau des Jahres 1995 um 20% unterschreiten. Hohe Leerstandsdaten bei Gewerbeimmobilien in den Zentren Berlin und Leipzig sorgen für eine Zurückhaltung der Investoren; in der Industrie kommt nach Erkenntnissen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Aufbau neuer Kapazitäten, mit dem nach der Wende begonnen wurde, zum Abschluß.

Die bereits seit Jahren zu beobachtende Abkoppelung des Wirtschaftsbaus von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung ist vorrangig auf die schlechten Rahmenbedingungen in Deutschland zurückzuführen. Es ist ein Investitionsstau zu verzeichnen, weil sich in

Deutschland viele Investitionen nicht mehr lohnen. Die Globalisierung der Wirtschaft hat direkte Auswirkungen auf den gewerblichen Bau. Nachdem die Hinweise des Hauptverbandes auf die Auswirkungen von Produktionsverlagerungen ins Ausland einige Jahre als überzogen dargestellt wurden, räumt mittlerweile auch der Sachverständigenrat ein, daß die zunehmende Neigung, Produktionsstätten im Ausland zu errichten, die gewerblichen Bauinvestitionen belastete. Ein deutliches und anhaltendes Wachstum im Wirtschaftsbau ist erst dann wieder zu erwarten, wenn eine investitionsfreundliche Steuerreform, in Verbindung mit einer Reform der sozialen Sicherungssysteme zur Entlastung der Wirtschaft von den zu hohen Lohnnebenkosten, durchgeführt wird.

□ Auch im öffentlichen Bau wird 1998 die Entwicklung gespalten sein. In Westdeutschland ist mit einer leichten Aufwärtstendenz zu rechnen. Dies dürfte allerdings nicht so sehr Neubaumaßnahmen betreffen; vielmehr ist nach Jahren der Vernachlässigung wieder mit erhöhten Maßnahmen im Bestand von Gebäuden und Infrastruktur zu rechnen. In Ostdeutschland hingegen wird die öffentliche Investitionstätigkeit für Baumaßnahmen nochmals um real 2% zurückgehen. Hier wirkt sich vor allem die vollkommen unzureichende eigene Steuerkraft der ostdeutschen Gemeinden in Verbindung mit weiter steigenden Sozialausgaben als Folge der hohen Arbeitslosigkeit aus.

Mittelfristig ist keine durchgreifende Besserung zu erwarten. Die letzten Steuerschätzungen zeigten deutlich die Erosion der Staatseinnahmen; auf der Ausgabenseite ist eine Reduzierung der stetig anwachsenden Ausgaben für die soziale Sicherung nicht realistisch. Obwohl der Bedarf nach wie vor groß ist, wurde 1997 in West-

deutschland das niedrigste Niveau der öffentlichen Bauinvestitionen – zu konstanten Preisen – seit 1962 erreicht. Vor diesem Hintergrund ist es dringend notwendig, der privaten Finanzierung bislang öffentlicher Baumaßnahmen – z.B. im Verkehrswegebau oder im Entsorgungsbereich – zum Durchbruch zu verhelfen. Sowohl beim Bund als auch bei den Ländern und Gemeinden ist endlich ein Umdenken einzufordern.

Der baukonjunkturelle Rückgang wird 1998, zusammen mit der nochmals verschlechterten Ertragslage, einen weiteren Beschäftigungsabbau im Bauhauptgewerbe unumgänglich machen. Dies gilt vor allem für die neuen Bundesländer; zur Jahresmitte 1997 wurden in Westdeutschland je 1 Mill. DM Auftragsbestand neun Arbeiter gezählt, während es in Ostdeutschland 17 waren. Ein Abbau dieser Überkapazitäten ist daher dringend notwendig. Alles in allem werden 1998 im deutschen Bauhauptgewerbe im Jahresdurchschnitt noch 1,13 Mill. Beschäftigte zu verzeichnen sein. Das Beschäftigungsniveau des Spitzenjahres 1995 wird damit um 20% unterschritten; innerhalb von drei Jahren werden 300 000 Arbeitsplätze verlorengegangen sein.

Weitere Erfolge im Auslandsbau

Im Gegensatz zur konjunkturellen Flaute im Inland setzten sich im Ausland die Erfolge der deutschen Bauindustrie weiter fort. Der ohnehin schon hohe Auftragseingang aus dem Ausland, der 1995 bei 18,5 Mrd. DM gelegen hatte, wurde 1996 nochmals auf 19,3 Mrd. DM gesteigert; das Volumen lag damit doppelt so hoch wie noch 1990. Die erfolgreiche Akquisitionspolitik der deutschen Bauunternehmen im Ausland zeigt sich darin, daß mittlerweile über 80% dieses Auftragseingangs über ausländische Tochter- und Beteiligungsgesellschaften deutscher Bauun-

ternehmen hereingeholt wird. Schwerpunkt der Entwicklung war zwar wiederum Europa, auf das etwa 40% des Auslandsgeschäftes entfiel. Allerdings ist die deutsche Bauindustrie mittlerweile auf allen Kontinenten stark präsent und erfolgreich.

Konkrete Aussagen über das Auslandsgeschäft des Jahres 1997 lassen sich derzeit noch nicht machen, da vor allem die Konsolidierung der Aufträge, die über ausländische Beteiligungen hereingeholt wurden, erhebliche Zeit in Anspruch nimmt. Dennoch kann davon ausgegangen werden, daß der Auftragseingang aus dem Ausland auch im abgelaufenen Jahr auf hohem Niveau stabil gehalten werden konnte und die deutsche Bauindustrie damit – hinter dem Marktführer Frankreich – in Europa nach wie vor die zweite Kraft im Auslandsbau darstellt.

Tarifpolitische Trendwende

Der starke Beschäftigungsabbau bei deutschen Bauunternehmen basiert allerdings nicht nur auf der anhaltenden Nachfrageschwäche. Auch auf der Angebotsseite geraten die Firmen seit Jahren unter Druck. Die nach wie vor bestehenden immensen Lohnkostenvorteile der ausländischen Niedriglohnunternehmen auf deutschen Baustellen haben dafür gesorgt, daß der Arbeitsmarktanteil der ausländischen Firmen auch 1997 bei über 17% der Baustellenarbeitskräfte lag. Jahresdurchschnittlich waren 182 000 Beschäftigte ausländischer Bauunternehmen in Deutschland tätig.

Eine Reaktion der Tarifvertragsparteien in Deutschland war vor diesem Hintergrund zwingend notwendig. Dem haben im Frühjahr 1997 sowohl die Bauarbeitgeber als auch die IG BAU mit dem ausgehandelten Tarifabschluß entsprochen. Beide Seiten haben damit bewiesen, daß sie zu tarifpolitischen Korrekturen in der Lage

sind, wenn die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dies erforderlich macht. Vor allem bei den Lohnnebenkosten – die in der Baubranche traditionell äußerst hoch liegen – konnte eine Wende erzielt werden:

Durch die Senkung der Lehrlingsvergütungen um 10% ist es gelungen, einen weiteren Anstieg der von allen Betrieben zu zahlenden Berufsbildungsumlage zu verhindern.

Im Rahmen der Schlichtungsgespräche wurde eine Senkung des 13. Monatseinkommens für gewerbliche Arbeitnehmer von durchschnittlich 30% vereinbart.

Bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall für gewerbliche Arbeitnehmer ist es zwar nicht gelungen, die seit dem 1. Oktober 1996 gültige 80%ige Lohnfortzahlung zu bewahren. Statt dessen wurde durchgesetzt, daß während der ersten drei Krankheitstage der Anspruch auf Lohnfortzahlung bei 80% verbleibt.

Im Gegenzug dazu hat die Gewerkschaft einer Absenkung des Urlaubsgeldes von 30 auf 25% zugestimmt.

Mit der neu ausgehandelten Winterregelung wurde eine Ersatzlösung für die gescheiterte Überbrückungsgeldregelung gefunden, die den Bauunternehmen ein hohes Maß an einzelbetrieblicher

Flexibilität ermöglicht. Damit sollte es gelingen, die äußerst hohe Saisonarbeitslosigkeit im ersten Quartal des Jahres 1997 bei erneut eintretenden schlechten Witterungsbedingungen erheblich zu reduzieren.

Senkung der Arbeitskosten

Zudem gelang es in den neuen Bundesländern, eine Angleichung der Tariflöhne an die tarifpolitische Realität in den Betrieben vorzunehmen. In langwierigen Verhandlungen ist es gelungen, eine Aussetzung des bis dahin geltenden Stufenplanes zu erreichen. Dieser hatte zum 1. April 1997 eine Anpassung der Löhne und Gehälter auf 96,5% des Westniveaus sowie die volle Angleichung zum 1. Oktober 1997 vorgesehen. Statt dessen werden die Löhne bis März 1998 auf 93,8% des Westniveaus „eingefroren“. Zudem können durch Betriebsvereinbarungen die Löhne um 10% gesenkt werden.

Letztendlich gelang es, die Chancen für eine erfolgreiche Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen und Ungelernten erheblich zu verbessern:

Für ungelernete Arbeiter besteht nunmehr die Möglichkeit, für eine Zeit von bis zu zwei Jahren als Bauwerker in einer neuen Lohngruppe unterhalb des bisherigen Tarifgitters beschäftigt zu werden.

Für Baufacharbeiter, die zuvor

mindestens neun Monate arbeitslos waren, ist gleichzeitig die Möglichkeit geschaffen worden, in zwei weiteren Einstiegslohngruppen eine Wiederbeschäftigung zu finden.

Auch beim für allgemeinverbindlich erklärten Mindestlohn konnte ein weiterer tarifpolitischer Erfolg erzielt werden. Die Geltungsdauer der Vereinbarung wurde bis zum Herbst 1999 fortgeschrieben. Gleichzeitig wurde allerdings der Mindestlohn gegenüber der bisherigen Regelung abgesenkt und beträgt nunmehr 16,- DM in Westdeutschland und 15,14 DM in den neuen Bundesländern.

Betrachtet man alle tarifpolitischen Maßnahmen im Zusammenhang, so ist es gelungen, durch die Reduzierung der Lohnnebenkosten um 10% und das Aufbrechen des bisher starren Tarifgitters nach unten die gesamten Arbeitskosten um 4,5% zu senken. Diese eingeleitete Wende in der Tarifpolitik muß allerdings in Zukunft fortgesetzt werden. Eine grundsätzliche Reform des Flächentarifvertrages muß noch folgende Komponenten beinhalten:

eine noch stärkere Spreizung des Tarifgitters,

kein Automatismus beim Aufstieg in höhere Lohngruppen,

weitere Entlastung bei den Lohnnebenkosten,

eine Reform der Sozialkassen der Bauwirtschaft.

Franz-Josef Wissing

Elektroindustrie: Innovationen und Globalisierung tragen Früchte

Die deutschen Elektrotechnik und Elektronikindustrie blickt an der Jahreswende 1997/98 mit vorsichtigem Optimismus in die Zukunft. Zahlreiche Innovationen,

eine konsequente Ausrichtung auf die Chancen der internationalen Märkte sowie umfassende Strukturereformen in den Unternehmen sind die Grundlagen für die Hoff-

nungen auf eine weitere leichte Wachstumsbeschleunigung im kommenden Jahr. Eine angesichts des stark expansiven Weltmarktes mögliche größere Wachstums-

dynamik würde dagegen grundlegende standortpolitische Reformen erfordern.

Export bleibt Konjunkturmotor

1997 gingen die wesentlichen wirtschaftlichen Impulse für die deutsche Elektroindustrie von der seit 1994 anhaltend robusten Exportkonjunktur aus. In den ersten acht Monaten stiegen die Exporte erneut um über 13%, nachdem 1996 mit einem Plus von 5,5% noch eine leichte Abschwächung des Exportbooms zu verzeichnen war. Insbesondere auf den Wachstumsmärkten Asiens, Mittel- und Osteuropas sowie Lateinamerikas konnte die deutsche Elektroindustrie mit Wachstumsraten von über 20% hohe Anteilsgewinne verbuchen. Mittlerweile gehen rund 30% der deutschen Elektroexporte in diese Regionen. 1990 lag ihr Anteil an dem um gut ein Drittel niedrigeren Gesamtexport lediglich bei knapp 13%.

Vor allem mit Kommunikations- und Informationstechnik, Fahrzeugelektronik, elektronischen Bauelementen, Automatisierungssystemen oder elektromedizinischen Geräten konnte die Branche erneut kräftige Exportsteigerungen erzielen. Rund 60% der gesamten deutschen Elektroexporte werden in diesen offensichtlichen High-Tech-Sektoren erzielt. Aber auch in vermeintlich konventionellen Sektoren, zum Beispiel der Energie- und Antriebstechnik, bei den Elektrohaushaltsgeräten oder in der Lichttechnik, ermöglichen konsequente Innovations- und Internationalisierungsstrategien Erfolge auf den internationalen Märkten.

Zögernde Belebung im Inland

Nur langsam und mit unterschiedlicher Festigkeit in den einzelnen Sektoren der Elektroindustrie faßt dagegen die Inlands-

nachfrage Tritt. Erst zur Jahresmitte löste sich die Entwicklung der Umsätze mit inländischen Kunden von der Nulllinie. Zunehmend positiven Vorzeichen auf den Märkten für die meisten elektrotechnischen Investitionsgüter zum Beispiel in der Informations-, Automatisierungs-, Energie- und Antriebstechnik stehen dabei weiterhin zurückhaltende Zukunftserwartungen in den Märkten für elektrotechnische Gebrauchsgüter der Elektrohaushaltsgeräte und der Consumer Electronics sowie bei den elektrotechnischen Gebäudeausrüstungen gegenüber. Bei Infrastruktursystemen für die Telekommunikation wird der nach Abschluß der Digitalisierung des Netzes der Deutschen Telekom AG seit längerem erwartete Rückgang der inländischen Investitionen erst 1998 voll wirksam werden. Hier bleibt abzuwarten, in welchem Umfang die Investitionen neuer Anbieter von Telekommunikationsdiensten künftig für einen Ausgleich sorgen werden.

Insgesamt wird die Elektroindustrie 1997 mit gut 240 Mrd. DM etwa 4% mehr umsetzen als 1996. Erstmals seit 1991 nahm die Zahl der inländischen Beschäftigten im dritten Quartal 1997 mit einem Plus von 4000 auf 845 000 wieder leicht zu. Damit scheint auch bei der Beschäftigung die Talsohle erreicht und in Teilsegmenten sogar durchschritten zu sein. Zu beachten ist hierbei, daß die Ausgliederung von industriellen Dienstleistungen in selbständige Unternehmen zu einer „statistischen Verminderung“ der Beschäftigung in der Elektroindustrie führt, die nichts mit der tatsächlichen Entwicklung zu tun hat.

Ertragslage noch unbefriedigend

Trotz der auch im Vergleich zu anderen Industriezweigen posi-

ven Umsatzentwicklung erscheint – gemessen am Wachstum des Weltelektromarktes von 6% bis 7% pro Jahr – eine weitere Stärkung der Wachstumskräfte durchaus möglich. Insbesondere die im vierten Jahr der konjunkturellen Erholung schleppende Entwicklung der Inlandsnachfrage und der Investitionstätigkeit in Deutschland trüben das Gesamtbild. So hat sich die Kapazitätsauslastung 1997 lediglich von 81% auf gut 83% verbessert, während in anderen Aufschwungphasen eine Auslastung von über 85% branchenüblich war. Auch bei den Erträgen deuten die vorliegenden Indikatoren darauf hin, daß die Erholung zu langsam vorankommt. Bei einer Analyse der Jahresabschlüsse 1996, die der ZVEI durchgeführt hat, war die Umsatzrendite der befragten westdeutschen Unternehmen gegenüber 1994 sogar leicht rückläufig. Nach Steuern lagen die durchschnittlichen Umsatzrenditen, wie auch aus anderen Quellen bestätigt wird, weiterhin unter zwei Prozent.

Etwas günstiger sind die Aussichten für das laufende Jahr: So zeigt eine Befragung des ZVEI bei über 200 Mitgliedsunternehmen zur Entwicklung der wichtigsten Einflußfaktoren auf den Ertrag, daß die ertragsverbessernden die ertragsmindernden Faktoren in Zahl und Ausmaß überwiegen. Deutlich positive Impulse verspüren die Unternehmen durch die Exporterlöse, durch Produktinnovationen und organisatorische Verbesserungen. Negativ wirken sich der wettbewerbsbedingte Preisdruck und die höheren Importkosten aus.

Dennoch bewegt sich die Ertragslage – trotz beachtlicher prozentualer Zuwachsraten, die von einzelnen Unternehmen berichtet werden – im internationalen Vergleich auf unbefriedigendem Ni-

veau. Den mit der Verkürzung von Produktlebenszyklen und der Internationalisierung der Märkte gewachsenen Risiken stehen noch immer keine adäquaten Risikoprämien gegenüber.

Standortbedingungen verbessern

Entscheidend für die weitere Entwicklung ist, daß die Investitionstätigkeit im Inland an Schwung gewinnt. Das gilt sowohl für die Investitionen der Unternehmen in elektrotechnische und elektronische Produkte und Systeme, aber auch für die Elektroindustrie selbst, die bei der Sicherung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des wirtschaftlichen Netzwerkes in der Informations- und Kommunikationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts eine Schlüsselrolle einnimmt. Einige Zahlen machen dabei deutlich, daß die Elektroindustrie unverändert Schwierigkeiten mit dem Standort Deutschland hat:

□ Der Anteil der inländischen Bruttoanlageinvestitionen am Umsatz der deutschen Elektroindustrie ist von fünf bis sechs Prozent Ende der 80er Jahre seit 1992 auf rund vier Prozent zurückgegangen. Auch 1997 brachte nur eine geringe Steigerung der Investitionsausgaben auf knapp 10 Mrd. DM oder 4,2%. Noch immer liegt die Investitionsquote damit im Inland in der Unterkühlungszone. Zwar investiert die Elektroindustrie als forschungsintensivste Branche in Deutschland zusätzlich gut 13 Mrd. DM in Forschung und Entwicklung, aber auch hier ist ein zunehmender Trend zur Verstärkung des Auslandsengagements erkennbar.

□ Der Direktinvestitionsbestand der deutschen Elektroindustrie im Ausland stieg dagegen von 1990

bis 1995 um 35%. Pro Jahr investieren die Unternehmen im Ausland rund 4 bis 5 Mrd. DM. Weltweit blieb das Investitionsvolumen der deutschen Elektroindustrie damit weitgehend unverändert. Dagegen lag der Bestand der ausländischen Direktinvestitionen in die hiesige Elektrobranche 1995 mit rund 15 Mrd. DM 20% unter dem Niveau von 1990.

Die Elektroindustrie zeigt, daß eine enge wechselseitige Abhängigkeit zwischen Innovationen und Investitionen besteht. Gerade in den stark wachsenden Bereichen der Mikroelektronik und ihrer Anwendungen ist High-Tech in der Regel verbunden mit High-Invest und High-Risk. Aufgrund unbefriedigender Ertragsaussichten unzureichende Investitionen sowohl in die Entwicklung und Herstellung als auch bei der Anwendung innovativer Technologien bergen die Gefahr, auch in der Innovationsfähigkeit zurückzufallen. Um im internationalen Innovationswettbewerb auch langfristig Schritt zu halten, ist eine rasche Rückkehr zu den höheren Investitionsquoten vom Ende der 80er Jahre unverzichtbar.

Reformen vorantreiben

Voraussetzung dafür ist in erster Linie eine Umsetzung der immer wieder angekündigten grundlegenden Reformen im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik, bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, aber auch in der Tarifpolitik. Primäres Ziel dieser Reformen muß eine grundlegende Entlastung der Unternehmen und der Arbeitnehmer von Steuern und Abgaben sein. Entsprechende Einsparungen auf der Ausgabenseite sind hierfür unverzichtbar. Offensichtliche Effizienzverbesserungspotentiale zum Beispiel durch den Einsatz moderner Informations-

und Kommunikationssysteme auch bei staatlichen Dienstleistungen müssen endlich erschlossen werden, damit die unvermeidbaren Einsparungen zu möglichst geringen Leistungseinbußen für die Bürger führen.

Kostensenkungen und Stärkung der Kaufkraft durch Senkung von Steuern und Abgaben allein sind aber nicht ausreichend. Ohne eine Verbesserung der Innovations- und Risikobereitschaft bleibt ein nachhaltiger Abbau der Arbeitslosigkeit Wunschdenken. Die kurzfristig wirksamen Kostensenkungsmaßnahmen müssen deshalb ergänzt werden durch längerfristig wirksame Weichenstellungen im Bereich der rechtlichen Rahmenbedingungen, in Bildung und Forschung.

Zwar gibt es hier durchaus positive Signale. Das unter maßgeblicher Beteiligung des ZVEI entwickelte Leitprojekte-Konzept des Bundesforschungsministers verbessert die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Forschungsinstituten und konzentriert aus Steuergeldern finanzierte Forschungsprojekte auf gesamtwirtschaftlich wichtige Wachstumsmärkte. Die Modernisierung der beruflichen Bildung im dualen System macht gute Fortschritte: Seit 1997 werden in vier neuen Ausbildungsberufen für die rasch wachsende Informations- und Telekommunikationswirtschaft erstmals 4500 Jugendliche wirtschaftsbezogen und zukunftsorientiert ausgebildet. Auch die Verbandsvorschläge zur Internationalisierung der deutschen Studienabschlüsse sind in den Kabinettsbeschlüssen zur Reform des Hochschulrahmengesetzes eingegangen.

Noch reichen Geschwindigkeit und Breite der eingeleiteten Reformen aber bei weitem nicht aus.

So werden strukturelle Fragen in der aktuellen bildungspolitischen Diskussion um die Zukunft der Hochschulen oder der allgemeinbildenden Schulen weitgehend ausgeblendet. Dabei liegen die Vorschläge der Wirtschaft für eine stärker auf Autonomie und Wettbewerb und damit auf Innovation und Flexibilität gerichtete Umstrukturierung der staatlichen Hochschulen seit langem auf dem Tisch. Die eklatante Überfüllung vieler Fachbereiche bei gleichzeitig bereits jetzt deutlich spürbarem Mangel nicht nur an ausgebildeten Ingenieuren und Informatikern, sondern auch an entsprechenden Studienanfängern macht nur beispielhaft deutlich, in welchem Ausmaß unser Bildungssystem zu Fehlsteuerungen führt.

Ein weiteres immer drängenderes Beispiel ist die im internationalen Maßstab völlig überzogene Ausdehnung der Schul- und Studienzeiten, die dazu führt, daß viele Absolventen die Unternehmen erst erreichen, wenn sie ihre kreativste Phase bereits hinter sich haben. Auch hier gilt, daß es angesichts des eklatanten politischen Reformstaus keinesfalls ausreicht, nur auf mehr Geld oder die in Ansätzen erkennbare Konjunkturerholung zu setzen.

Aussichten für das Jahr 1998

In diesem Umfeld lassen die vorliegenden Indizien für die deutsche Elektroindustrie 1998 ein geringfügig beschleunigtes Wachstum bei Produktion und Umsätzen in der Größenordnung von etwas über vier Prozent erwarten. Ob das Ziel, als maßgebliche Innovationsbranche wie in der Vergangenheit rund zwei Prozent rascher zu wachsen als die Gesamtwirtschaft, erreicht wird, ist noch nicht absehbar. Der Exportzug wird etwas an Tempo verlieren, aber die Elektrokonjunktur weiter voranbringen. Die Auftragseingänge aus dem Ausland legten im dritten Quartal 1997 mit einem Plus von rund 20% erneut deutlich zu.

Allerdings ist nicht auszuschließen, daß die in den letzten Monaten eingetretenen Turbulenzen auf einigen lokalen Märkten vorübergehend zu einer deutlichen Wachstumsabschwächung führen. Noch ist die Zahl der betroffenen Märkte gemessen am Gesamtexport der Branche jedoch sehr klein. Klar ist zudem, daß die wirtschaftlichen Potentiale der betroffenen Staaten hoch sind und der von der deutschen Elektroindustrie in erster Linie fokussierte Bedarf an Investitionsgütern und Infrastruktursystemen auch weiterhin

besteht. Durch die Krisenbewältigung ausgelöste Fortschritte bei der marktwirtschaftlichen Öffnung und bei der Schaffung stabiler und transparenter Rahmenbedingungen könnten hier sogar mittelfristig zu einer Stärkung der Wachstumskräfte führen.

Im Inland werden sich die Exportzuwächse der Chemieindustrie, des Maschinenbaus und der Automobilindustrie in einem Zuwachs bei den Investitionen niederschlagen. Hiervon wird die Inlandsnachfrage nach Produkten und Problemlösungen der Elektroindustrie profitieren. In einigen Sektoren haben sich die Auftrags-eingänge aus dem Inland im Jahresverlauf 1997 bereits deutlich erholt.

Die Zahl der Beschäftigten wird sich weiter stabilisieren, auch wenn die anhaltenden Umstrukturierungen in den Unternehmen und die Probleme der amtlichen Statistiken bei der Erfassung industrienahe Dienstleistungen von der Forschung und Entwicklung über das Engineering bis zur Softwareproduktion, der Systemvernetzung und zum Service verlässliche und nachprüfbar quantitative Prognosen ausgesprochen schwierig machen.

Hans-Jürgen Zechlin

Maschinen- und Anlagenbau im Vorwärtsgang

Seit der Jahresmitte 1997 haben sich die Voraussetzungen für einen Aufschwung im deutschen Maschinenbau verbessert. Auf seinen wichtigsten Märkten existiert eine stabile Investitionsneigung. Davon können die deutschen Hersteller profitieren: Zum einen ist ihre Wettbewerbsfähigkeit dank

eigener Anstrengungen gestiegen, zum anderen haben sich die Wechselkurse auf einem besseren Niveau stabilisiert. Für das Jahr 1997 erwarten wir daher einen Anstieg der Maschinenproduktion um real 6%. Im Folgejahr 1998 könnte es nochmals ein ähnliches Ergebnis geben.

Nach der Prognose des VDMA, welche durch die jüngsten Zahlen bestätigt wird, hat die Personalentwicklung zur zweiten Jahreshälfte 1997 ihren Tiefpunkt überschritten. Damit würde eine Tal-fahrt beendet, die fast sieben Jahre andauerte. Allein in Westdeutschland gingen zwischen De-

zember 1990 und Dezember 1996 rund 290000 Arbeitsplätze verloren. In Ostdeutschland hat die Umstrukturierung im gleichen Zeitraum fast 400000 Arbeitsplätze gekostet.

Einen wesentlichen Anteil daran hatte die Entwicklung der Konkurse im Maschinenbau. Von 206 Fällen im Jahre 1990 ist die Zahl der Insolvenzen kontinuierlich auf 553 Fälle im Jahre 1996 angestiegen. Die Erträge, nicht nur des Maschinenbaus, sondern der deutschen Industrie insgesamt, sind nach wie vor unzureichend. Das begrenzt Investitionen und Forschungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, also die Vorsorge für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit. Eine Umsatzrendite von 4 bis 5% nach Steuern ist – auch im Vergleich zu wichtigen Wettbewerbern – erforderlich.

Bislang wird der Aufschwung hauptsächlich vom Export getragen. Während der preisbereinigte Auftragseingang aus dem Ausland in den ersten zehn Monaten 1997 im Vergleich zum Vorjahr um 13% zulegen konnte, blieben die Inlandsaufträge mit einem realen Plus von 5% zurück. Auch im kommenden Jahr kann der Maschinenbau wieder auf die Auslandsnachfrage und das Exportgeschäft setzen. Die Investitionsgüternachfrage dürfte weltweit hoch bleiben.

Globale Strategien eröffnen Chancen

Es ist daher notwendig, die Herausforderung durch die Globalisierung anzunehmen und zu nutzen. Zum Teil sind wir hierbei schon erfolgreich. Gemessen an der Exportquote ist der Maschinen- und Anlagenbau die exportintensivste Industriebranche in Deutschland. Der Anteil der Ausfuhr am Produktionswert beträgt mehr als 60%, und das schon seit vielen Jahren.

Es gilt aber nicht nur, durch Forcierung der Exportaktivitäten am internationalen Wachstum zu partizipieren. Wir müssen auch die Stärken anderer Standorte zu unserem Vorteil nutzen, das heißt unsere Präsenz vor Ort ausbauen. In den vergangenen Jahren sind die deutschen Auslandsinvestitionen deutlich angestiegen. Dies ist nicht nur Reflex auf die sich verschlechternde deutsche Standortqualität; der Anstieg läßt sich darüber hinaus aus einem lange überfälligen Nachholbedarf im Vergleich zu anderen Nationen erklären.

Zugenommen hat auch das Auslandsengagement des deutschen Maschinenbaus. Dies zeigt eine im Auftrag der VDMA-nahen IMPULS-Stiftung erstellte Studie von Erwin Dichtl und Petra Hardock zur Produktionsverlagerung von Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus in das Ausland. Befragt wurden 572 Unternehmen nach ihrer Auslandsproduktion und nach Produktionsverlagerungen als Unterfall der Auslandsfertigung. Zu den Produktionsverlagerungen zählen jene Fälle, in denen Produktion im Ausland aufgenommen wird

- zum Reimport (eines Teils) der Erzeugnisse nach Deutschland,
- zur Substitution bisheriger Exporte aus Deutschland ins jeweilige Standortland oder in Drittländer oder
- zur Belieferung deutscher Abnehmer, die ihrerseits bereits im Ausland produzieren.

Motive von Direktinvestitionen

Eine steigende Tendenz ließ sich für das Ausmaß der Direktinvestitionen erkennen. 41% der befragten Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus produzieren bereits im Ausland. Insgesamt beabsichtigen mehr als 60% der Fir-

men, ihr Auslandsengagement zu intensivieren. Lediglich 35% der Befragten bekundeten, daß sie bislang Kapazitäten zu Lasten des Inlands verlagert haben. In den nächsten Jahren plant rund die Hälfte aller Untersuchungsteilnehmer, erstmals oder erneut Produktion zu Lasten der inländischen Fertigung zu verlagern.

Als Standorte für eine Auslandsfertigung werden insbesondere die osteuropäischen Reformstaaten sowie Südostasien und China präferiert. Auch den Ländern der Europäischen Union sowie Nordamerika kommt ein hoher Stellenwert zu.

Die Ergebnisse der Studie bestätigen unsere Vermutung, daß die klassischen Motive für Direktinvestitionen im Ausland – Absicherung der Exporte, mehr Marktnähe, Umgehung protektionistischer Hindernisse oder Erfüllung von Local-content-Vorschriften – zwar nach wie vor gelten, Kostenüberlegungen aber zunehmend an Bedeutung gewinnen. Insgesamt halten sich Markt- und Kostentriebe als Begründung für ein Auslandsengagement weitgehend die Waage.

Unterschiede gibt es in der Motivationsstruktur mittelständischer und größerer Unternehmen: Als Zielregion für eine Produktionsverlagerung bevorzugen kleine und mittlere Unternehmen die osteuropäischen Reformländer. Wichtigster Grund dafür sind die Kosten. Auf große Unternehmen ab 500 Mitarbeitern übt neben den osteuropäischen Reformstaaten insbesondere der südostasiatische Raum einschließlich China hohe Anziehungskraft aus. Die Ziele Steigerung der Kundennähe und Markterschließung stehen für sie im Vordergrund.

Bei der Entscheidung für eine Produktionsverlagerung geben Kostengründe den Ausschlag: Die

Personalkosten stehen im Vordergrund, aber auch längere Arbeits- und Maschinenlaufzeiten sowie Steuervorteile ziehen in Zeiten hohen Wettbewerbsdrucks Unternehmen in andere Länder. Die Bedeutung von Marktmotiven wird deutlich geringer eingeschätzt. Der Erwerb von Know-how oder die Sicherstellung der Rohstoffversorgung spielen so gut wie keine Rolle.

Neben begrenzten Unternehmensressourcen, z.B. in Gestalt von Kapital- und Zeitmangel, halten Sorgen bezüglich eines niedrigeren Produktivitätsniveaus und die Gefahr, den inländischen Qualitätsstandard nicht aufrechterhalten zu können, die Firmen in Deutschland. Weiterhin spielen für viele Firmen die Nähe zum Inlandsmarkt sowie die hohe Produktions- und Lieferflexibilität eine wesentliche Rolle. Es wird darüber hinaus eine emotionale Bindung zum Unternehmensstandort und zu den örtlichen Mitarbeitern deutlich.

Die Frage nach der Anzahl der im Inland durch Produktionsverlagerung abgebauten Arbeitsplätze ergab, daß bei einer groben Hochrechnung auf den gesamten Maschinenbau in den vergangenen fünf Jahren 36 000 Arbeitsplätze abgebaut wurden, denen in den nächsten fünf Jahren 33 000 folgen werden. Dabei ist allerdings nicht der arbeitsplatzerhaltende oder -schaffende Effekt von Auslandsengagements auf die inländischen Kapazitäten berücksichtigt. Die Unternehmen planen, im Ausland zusätzliche 135 000 Arbeitsplätze zu schaffen.

Die befragten Unternehmen schätzen den Einfluß der Auslandsproduktion auf die Inlandsbeschäftigung insgesamt als neutral ein. Über die Hälfte der antwortenden Firmen gab an, daß ihr Aus-

landsengagement die Mitarbeiterzahl in heimischen Fertigungsstätten nicht oder sogar positiv beeinflusst.

Strukturelle Reformen bleiben gefragt

Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, daß die deutschen Maschinen- und Anlagenbauer die Herausforderung angenommen haben. Doch wer international erfolgreich sein will, muß zunächst vor der eigenen Tür kehren. Ganz besonders gilt das für jene, die nicht verlagern können oder nicht verlagern wollen.

Wir müssen die Kosten in unseren Unternehmen und am Standort Deutschland in den Griff bekommen. Wir müssen den Reformstau, die Verkrustungen in den Unternehmen und in unserer Gesellschaft überwinden.

Die Unternehmen selbst haben bereits vieles getan, um ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten wiederzuerlangen. Eine Fülle von Maßnahmen ist zu nennen, mit denen der Herausforderung „Globalisierung“ begegnet wird. So wurden

- die Betriebe umstrukturiert,
- das Produktionsprogramm auf die Kernkompetenzfelder konzentriert,
- die Produkte stärker den unterschiedlichen Markterfordernissen angepaßt,
- die Innovationsgeschwindigkeit erhöht,
- die Mitarbeiter motiviert, unter anderem durch Gruppenarbeit und flachere Hierarchien,
- betriebsbezogene Arbeitszeit- und Entgeltregelungen eingeführt,
- die Auslandsaktivitäten, vor allem im Vertrieb und Service, verstärkt.

Weitere Anstrengungen sind nötig, um für den zunehmend schärferen Wettbewerb gerüstet zu sein; Stillstand bedeutet Rückschritt.

Humankapital ist ein wichtiger Standortfaktor und Grundlage für die Wettbewerbsstärke des Maschinenbaus. Angesichts abnehmender Studienanfängerzahlen und eines sinkenden Interesses an einer beruflichen Ausbildung im Maschinenbau ist jedoch zu befürchten, daß die Branche in wenigen Jahren unter einem Mangel an qualifiziertem Nachwuchs leiden wird. Darüber hinaus hat sich das Anforderungsprofil der Mitarbeiter im Maschinenbau im Zuge der Globalisierung verändert. Vermehrt werden Qualifikationen nachgefragt, die zu internationalen Einsätzen befähigen. Es sind daher verstärkte Anstrengungen nötig, sowohl von unserer als auch von staatlicher Seite, um

- die gewerbliche Ausbildung im Maschinenbau attraktiver zu gestalten und mehr Jugendliche dafür zu gewinnen,
- Ausbildungsinhalte und Strukturen an der nachgefragten Qualifikationsstruktur auszurichten.

Ein echter Hemmschuh bleibt die geringe Reformfähigkeit der deutschen Finanz- und Sozialpolitik. Die hohe Steuerbelastung ist nach wie vor einer der wesentlichsten Standortnachteile Deutschlands – auch für ausländische Investoren. Ebenfalls nicht gerade zu einem attraktiven Produktionsstandort machen uns Beiträge zur Sozialversicherung von fast 42% des Bruttoverdienstes. Und weitere Steigerungen scheinen unausweichlich, wenn grundlegende Reformen nicht bald in Angriff genommen werden. Erst wenn die politischen Verantwortlichen ihre Hausaufgaben erledigen, können wir auf längerfristiges, strukturelles Wachstum setzen.